



**An die Parteispitzen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP
sowie die Mitglieder der Arbeitsgruppe 1 „Moderner Staat und Demokratie“ der
Koalitionsverhandlungen 2021**

ALLIANZ FÜR LOBBYTRANSPARENZ

Berlin, der 28. Oktober 2021

– Weichen für eine transparente Interessenvertretung nachschärfen

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Einführung eines Lobbyregisters zum 1.1.2022 ist ein erster wichtiger und notwendiger Schritt, um kurzfristig das Vertrauen in den politischen Prozess zu stärken. Die Vorgängerregierung hat für die künftige Bundesregierung jedoch eine Vielzahl an offenen Baustellen hinterlassen, besonders mit Hinblick auf die Transparenz politischer Entscheidungsprozesse.

Viele Wählerinnen und Wähler verbinden mit einer neuen Bundesregierung unter anderem die Hoffnung auf bessere sowie nachvollziehbarere demokratische Prozesse und Verfahren - auch weil Ihre Parteien sich in der Diskussion um das Lobbyregistergesetz für mehr Lobbytransparenz eingesetzt haben. Daher sollte die neue Koalition sich diesem demokratischen Kernprojekt annehmen und die Weichen für eine transparente und nachvollziehbare Interessenvertretung nachschärfen. Was wird dafür benötigt?

Einführung eines exekutiven / legislativen Fußabdrucks

Notwendig ist ein exekutiver bzw. legislativer Fußabdruck, der dokumentiert, welche Lobbyinteressen insbesondere zu Beginn des Gesetzgebungsverfahrens berücksichtigt wurden. Hiermit wird der wachsenden Skepsis in der Gesellschaft entgegengewirkt bzw. das Vertrauen in den Prozess und damit die Gesetze gestärkt. Die Europäische Union und internationale Beispiele zeigen bereits, wie Transparenz geschaffen werden kann. Ob Wirtschaftsverbände, Wissenschaft oder Zivilgesellschaft, übergreifend ist man überzeugt: Eine schnelle Einführung dieses Fußabdrucks ist sinnvoll. Daher ist es jetzt an der Zeit,

dass Deutschland den internationalen Beispielen folgt und Transparenz im Gesetzgebungsprozess schafft.

Gleiche Regeln für einen fairen Wettbewerb in der Interessenvertretung

Das aktuelle Lobbyregister enthält zu viele Ausnahmen. Diese stehen im besonderen Widerspruch zum bewusst breit definierten Begriff der Interessenvertretung und den dazugehörigen Handlungen. Das untergräbt nicht nur das Gesetzesziel, sondern führt auch zu einer Wettbewerbsverzerrung und zu einer erheblichen Ungleichbehandlung. Daher gilt es, eine Vollständigkeit im Sinne der zu registrierenden Lobbyakteure anzustreben und die vorhandenen Ausnahmen im Lobbyregistergesetz zu reduzieren. Schließlich basiert das Vertrauen in den Gesetzgebungsprozess auf glaubwürdigen und gleichen Regeln für alle.

Im Gesetzgebungsprozess des Lobbyregisters wurde deutlich, dass Ihre Parteien allesamt weiterführende Regelungen befürworten. Ein Gesetz mit legislativem Fußabdruck und gleichen Regeln für alle kann daher ein gemeinsames und erfolgreiches Projekt für die 20. Legislaturperiode sein.

Ein gleichlautendes Schreiben haben wir ebenfalls weiteren relevanten Unterhändlern der Koalitionsverhandlungsgruppen zukommen lassen. Zudem planen wir dieses in den nächsten Tagen für unsere öffentliche Kommunikation zu nutzen.

Mit freundlichen Grüßen

für die Allianz und ihre Partner



Hartmut Bäumer

Vorsitzender

Transparency International Deutschland e.V.



Wolfgang Große Entrup

Hauptgeschäftsführer

Verband der Chemischen Industrie e.V.